

ZENTRALKOMITEE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS
DER GENERALSEKRETAR

STAATSRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
DER VORSITZENDE

Generalsekretär
des Zentralkomitees der
Kommunistischen Partei der Sowjetunion
Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten
Sowjets der UdSSR
Genossen Leonid Iljitsch Breshnew

Moskau

Teurer Leonid Iljitsch!

Mit großer Aufmerksamkeit hat sich das Politbüro des ZK der SED mit Deinem Brief über die sich im Bereich der Brennstoff- und Energieressourcen der Sowjetunion im laufenden Fünfjahrplanzeitraum entwickelnde Lage und die Notwendigkeit, in diesem Zusammenhang die Lieferung von Energieressourcen aus der UdSSR in die DDR im Zeitraum 1982 bis 1985 zu verringern, vertraut gemacht.

Wir verstehen, daß diese Entscheidung nicht einfach ist und daß außerordentliche Umstände Euch gezwungen haben, sie zu treffen. Gleichzeitig möchten wir, da sie in unmittelbarster Weise auch die inneren Pläne der DDR berührt, Deine Aufmerksamkeit, teurer Leonid Iljitsch, auf die Folgen lenken, die eine Reduzierung der Lieferungen von Energieträgern aus der UdSSR für unsere Republik hätte.

Wie Dir bekannt ist, Leonid Iljitsch, ist die DDR im Zusammenhang mit der in den letzten Jahren erfolgten Einstellung des Imports von Getreide und Futterkulturen aus der UdSSR in die DDR gezwungen, diese für Devisen im Ausland zu kaufen.

Im Unterschied zu den anderen sozialistischen Ländern ist die DDR äußerst arm an natürlichen Ressourcen, wir verfügen lediglich über Braunkohle und Uran. Aus Polen erhalten wir nur die Hälfte der vertraglich mit Euch und uns im vergangenen und im laufenden Jahr vereinbarten Menge an Steinkohle und Koks. Die dadurch notwendigen Käufe im Westen führen zu einer weiteren Erhöhung der ökonomischen Abhängigkeit der DDR von den kapitalistischen Ländern, vor allem von der BRD.

Dir, hochverehrter Leonid Iljitsch, ist auch bekannt, daß entsprechend den bestehenden Vereinbarungen der Anteil der UdSSR an den Erdöllieferungen in die DDR erst 1984 ausläuft. Die Kapazitäten unserer erdölverarbeitenden Betriebe liegen bedeutend höher als es für die Verarbeitung der Erdölmenge, die aus der UdSSR geliefert wird, erforderlich ist, und um sie auszulasten, sind wir gezwungen, mehr als zwei Millionen Tonnen Erdöl im Westen zu kaufen. Wir möchten dabei bemerken, daß ein bedeutender Teil des aus der Verarbeitung des sowjetischen Erdöls Gewonnenen in Form von Fertigerzeugnissen in die UdSSR zurückfließt.

Der X. Parteitag der SED, der unlängst stattgefunden hat, hat die ökonomische Entwicklungskonzeption der DDR für die nächsten fünf Jahre bestätigt. Wenn unser Land nun auch nur einen Teil der Lieferungen an sowjetischen Energieträgern verliert, die in vielem dieser Konzeption zugrunde liegen, so wird sich dieser Umstand außerordentlich negativ auf die Volkswirtschaft der DDR auswirken. Offen gesagt, damit würden die Grundpfeiler der Existenz der Deutschen Demokratischen Republik untergraben.


Die SED unternimmt große Anstrengungen zur Anhebung des Niveaus der Industrieproduktion bei gleichzeitiger Einhaltung eines äußerst strengen Sparsamkeitsregimes bei Energie und Material, wir werden dies auch künftig tun. Schon beim gegenwärtigen Niveau der Lieferungen von Energieträgern aus der UdSSR haben wir praktisch keinerlei Möglichkeit, mehr von unseren Werktätigen zu erreichen.

Wie ich Dich, teurer Leonid Iljitsch, während des Treffens auf der Krim informierte, haben wir das Ziel gestellt, ab 1982 nicht mehr Kredite von der UdSSR in Anspruch zu

nehmen und bis 1985 eine bedeutende Verringerung unserer Verschuldung gegenüber dem Westen zu erreichen. Wir werden jedoch diese Pläne nicht realisieren können, wenn die Lieferungen von Erdöl, Erdölprodukten und Gas aus der UdSSR verringert werden.

Unter Berücksichtigung des Obangesagten hat das Politbüro des ZK der SED nochmals das für uns plötzlich entstandene Problem auf dem Gebiet der Energieversorgung erörtert und bittet Dich, teurer Leonid Iljitsch, und alle Genossen im Politbüro des ZK der KPdSU dringendst, großes Verständnis für unsere Argumente zu bekunden und sie in maximal günstiger Weise zu prüfen.

Mit kommunistischem Gruß



E. Honecker

Berlin, 4. September 1981

Quelle: SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/2422